



SYMPTOME EINER EXISTENZKRISE

Die Sozialdemokraten haben sich in eine schier ausweglose Situation manövriert, die Erneuerung braucht Zeit und neues Personal

Von Spitzensportlern und auch von Managern ist bekannt, dass sie sich starkreden können. Wenn sie sich nur lange genug einreden, dass sie Erfolg haben werden, dann haben sie auch Erfolg. Große Spiele werden im Kopf entschieden, Topleistungen mithilfe von mentalem Training erreicht.

Fast scheint es so, als habe sich auch die SPD zu einem großen Feldversuch in Sachen Autosuggestion entschlossen: Schwäche in Stärke verwandeln, durch andauerndes Debattieren; sich einen Ausweg aus einer schier ausweglosen Situation allein dadurch eröffnen, dass man ständig neue Forderungen erhebt; Führungsstärke demonstrieren per Akklamation. In diesem Sinne glich auch der SPD-Parteitag im Dezember in Berlin einer Therapiesitzung. Die Genossen redeten sich schön und stark, und irgendwie verschwand so nicht nur die Wahlniederlage, sondern deren Ursachen gleich mit.

Wohin die SPD strebt, bleibt trotzdem unklar. Eine Strategie ist nicht erkennbar. Der stümperhafte Wahlkampf, der Absturz auf 20,5 Prozent und die strategischen Fehler, die anschließend gemacht wurden, wirken nach. Ein Mentaltrainer, der die zerstrittene Partei auf ein neues Ziel fokussieren könnte, ist nicht in Sicht. Ob die Genossen regieren, tolerieren oder opponieren wollen, ist nicht entschieden. Popularität genießt unter Sozialdemokraten selbst die

Von
CHRISTOPH SEILS

aberwitzige Idee, man könne in einer sogenannten „Kooperationskoalition“ regieren und opponieren zugleich. Die Partei solle nur ein paar Kernprojekte mit CDU und CSU vertraglich vereinbaren, Merkel aber ansonsten im Bundestag mit wechselnden Mehrheiten ordentlich einheizen. Die Minister blieben natürlich.

Immerhin wird jetzt sondiert, „ergebnisoffen“, wie alle führenden Sozialdemokraten unermüdlich betonen, wohl wissend, dass dieses Mantra nur der Besänftigung der misstrauischen Basis gilt. Der hat man nach der Bundestagswahl

schließlich eingeredet, der Platz der Sozialdemokratie sei in den kommenden vier Jahren in der Opposition. Kaum waren die Jamaika-Verhandlungen geplatzt, verkündete Parteichef Schulz, die SPD scheue keine Neuwahlen. Um kurz danach – sekundiert von einer staatspolitischen Ermahnung des Bundespräsidenten – festzustellen, dass die SPD nichts mehr zu fürchten habe als schnelle Neuwahlen. Weder personell und programmatisch noch finanziell wäre man darauf vorbereitet. Dazu zeigen die Erfahrungen befreundeter Parteien etwa in Griechenland, den Niederlanden oder Frankreich, dass der Niedergang der Sozialdemokratie bei 20 Prozent noch lange nicht beendet sein muss.

JETZT SUCHEN DIE GENOSSEN einen neuen Platz, stemmen sich gegen eine schlichte Fortsetzung der Groko, fabulieren über die unterschiedlichsten Modelle für die Tolerierung einer Minderheitsregierung. Formulieren einerseits utopische Ziele wie die Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 – und andererseits sehr kleinteilige Ideen wie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen. Nach diesem Prinzip reiht sich Spiegelstrich an Spiegelstrich – ohne dass insgesamt ein Verhandlungskonzept erkennbar wäre.

Aus der Niederlage bei der Bundestagswahl hat die SPD nichts gelernt.

Schon 2013 hatte sie Koalitionsverhandlungen nach dem Spiegelstrichprinzip geführt – Mietpreisbremse, Mindestlohn, Rente mit 63. Anschließend hat sich die Partei darüber gewundert, warum aus der Addition sozialpolitischer Wohltaten kein überzeugendes politisches Profil ersteht. Warum viele Wähler selbst an der sozialpolitischen Kompetenz der SPD zweifeln, von der wirtschaftspolitischen Kompetenz ganz zu schweigen.

„Das wird ganz schön teuer, bätschi!“, schleuderte die Fraktionschefin Andrea Nahles stattdessen der Union entgegen. Sie nährte damit nicht nur Zweifel an der eigenen Führungskompetenz, sondern auch die Zweifel daran, ob die SPD tatsächlich ernsthaft über die Bildung einer Regierung verhandeln will. Denn je offensichtlicher Sozialdemokraten versuchen, die Union zu erpressen, desto schwieriger wird es für eine angeschlagene Kanzlerin Merkel, ihre Partei und vor allem auch die CSU für Kompromisse mit der SPD zu erwärmen.

ETWAS BESCHIEDENHEIT würde der SPD guttun. 20 Prozent sind eben nur 20 Prozent und kein Wahlsieg, auf dessen Basis sich so umstürzende Ideen wie etwa die Einführung der Bürgerversicherung und die Abschaffung der privaten Krankenversicherung gegen den massiven Protest von Beamten und Ärzten durchsetzen ließen. Doch Realismus ist keine Stärke der Genossen. So taumelt die SPD durch die tiefste Krise seit der Wiedergründung im Jahre 1945. Mittlerweile scheint es völlig egal zu sein, ob es doch noch eine Große Koalition gibt, die Tolerierung einer Minderheitsregierung oder Neuwahlen. Ein Ausweg aus der Existenzkrise scheint nicht in Sicht.

Gibt es nicht vielleicht doch Hoffnung für die SPD? Zunächst einmal wäre ihr geholfen, wenn sie etwas Zeit gewönne, um sich neu aufzustellen, und zwar programmatisch wie personell. Neuwahlen im April kämen zum denkbar unpassendsten Zeitpunkt. Möglicherweise wird die Partei allein deshalb an einer Regierungsbeteiligung nicht vorbeikommen, damit sie ohne Hektik einen Neuanfang vorbereiten kann.

Martin Schulz ist kein Sozialdemokrat mit Zukunft. Er wurde nur deshalb als Parteivorsitzender wiedergewählt, weil angesichts der komplizierten Lage niemand sonst in der Partei bereit war, die Verantwortung zu übernehmen, vor allem der ewige Hoffnungsträger Olaf Scholz nicht. Er hat sich stattdessen vertaktiert, sein ewiges Zaudern und seine ständigen Sticheleien haben selbst Freunde irritiert. Hamburgs Erster Bürgermeister, der 2021 so gerne SPD-Kanzlerkandidat werden würde, steht derzeit im innerparteilichen Abseits.

Frisches Personal präsentiert sich stattdessen vor allem in zwei Bundesländern. Dem niedersächsischen Mi-

Etwas Bescheidenheit würde der SPD guttun. 20 Prozent sind eben nur 20 Prozent – und kein Wahlsieg, auf dessen Basis sich umstürzende Ideen durchsetzen ließen

nisterpräsidenten Stephan Weil gelingt es nüchterner und sachlicher als vielen seiner Parteifreunde, die Lage der SPD zu beschreiben. Wenn man Verbesserungen für die Menschen durchsetzen könne, etwa bei der Pflege oder bei der Arbeitsmarktpolitik, wenn es dazu gelänge, Europa zu stabilisieren, „dann können wir doch nicht einfach sagen, das machen wir nicht“, erklärt er. Dass der Hannoveraner als Einziger in diesem Jahr für die SPD eine Wahl gewonnen hat, verschafft ihm viel innerparteiliche Autorität. In Niedersachsen hat er

zudem nach der Wahl im Oktober relativ schnell und geräuschlos eine Große Koalition auf den Weg gebracht. Von irgendwelchen Tolerierungsmodellen hält Weil wenig.

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig tut es offensichtlich gut, dass sie nach dem Wechsel aus dem Familienministerium in Berlin in die Schweriner Staatskanzlei etwas Abstand zur überhitzten Bundespolitik gewonnen hat. Sie fordert vor allem einen anderen Politikstil von Angela Merkel: „Die Bürger in diesem Land vermissen politische Führung.“ Wohl wissend, dass dies für Union und SPD derzeit gleichermaßen gilt.

Mit Politikern wie Weil und Schwesig könnte sich die SPD dann auch der Frage zuwenden, warum sich in den vergangenen 20 Jahren zehn Millionen SPD-Wähler von der Partei abgewandt haben. Und der Erkenntnis, dass es nicht reicht, weitere soziale Wohltaten zu verteilen, will man diese Wähler zurückgewinnen. Völlig neue gesellschaftliche Konflikte haben sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten in der Gesellschaft aufgetan. Konflikte, die sich um Identität und Kultur, um Sehnsucht nach Heimat angesichts einer aus den Fugen geratenen Welt ranken. Vor allem traditionelle SPD-Wähler sind verunsichert.

Jeder Diskurs über Identitätsfragen jedoch steht in der SPD unter Rechtsruckverdacht. Wirtschaftspolitische Kompetenz ist der SPD zugleich völlig verloren gegangen, weil die SPD-Linken jeden Versuch von Parteifreunden, sich auf dem Feld der Wirtschaftspolitik zu profilieren, als Fortsetzung der schröderschen Agenda-Politik denunzieren. So sitzt die Partei in der Falle. Dem Niedersachsen Stephan Weil und der Ostdeutschen Manuela Schwesig könnte es gelingen, neue Antworten zu formulieren, auch solche, die für die ideologisierte Funktionärskaste in der SPD unbequem sind. Erst anschließend wird es sich für die Sozialdemokraten wieder lohnen, selbstbewusst den Erfolg zu beschwören.

CHRISTOPH SEILS leitet das Ressort Berliner Republik bei Cicero